

## OKV-Position zur »Rentenerhöhung«

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V. (OKV) hat sich – die Rentenerhöhung zum 01.07.2007 betreffend – mit folgendem Schreiben an Herrn Franz Müntefering, Stellvertreter der Bundeskanzlerin und Minister für Arbeit und Soziales gewandt:

Sehr geehrter Herr Vizekanzler, vor wenigen Tagen gaben Sie bekannt, dass voraussichtlich zum 1. Juli des Jahres eine Rentenerhöhung um 0,54 Prozent erfolgen soll. Die Öffentlichkeit bewertete diese Mitteilung überwiegend kritisch. Dies halten auch wir für völlig berechtigt, bedeutet sie doch, dass das Monatseinkommen eines so genannten Eckrentners (45 Versicherungsjahre mit ständig durchschnittlichem Einkommen) in den neuen Bundesländern monatlich auf brutto 1039,44 € und damit lediglich um 10,79 € steigt. Da die Monatsrente in den alten Bundesländern mit der Erhöhung auf 1182,43 € ansteigt, bleibt auch der Abstand zur Rente im Osten weiterhin mit 87,79 Prozent erhalten. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass kaum einer die 45 Versicherungsjahre erreicht. Durch die bereits zum 1. April eingetretene Erhöhung der meisten Krankenkassenbeiträge wird die oben genannte »Erhöhung« noch einmal gekürzt.

Sie erklärten, dass diese Rentenerhöhung Resultat der positiven Wirtschaftsentwicklung sei und auch das Wachstum der Löhne und Gehälter widerspiegele. Wir müssen Ihnen jedoch

in diesem Zusammenhang die Zahlen des Statistischen Bundesamtes entgegenhalten. Danach ergibt sich folgendes Bild (s. Tabelle unten):

Das Bruttoinlandsprodukt im Osten stieg 2006 nur um 2,2 %. Der Abstand zu den alten Bundesländern hat sich damit weiter erhöht. Die Unternehmens- Vermögenseinkommen stiegen 2004 auf 10,4 %, im Jahre 2005 auf 6,2 % und 2006 auf 6,9 %. Die Lohnnebenkosten sanken in den gleichen Jahren um 0,5, 0,9 und 1,1 %. Die Rentenversicherung erzielte 2006 erstmalig seit langem wieder einen Überschuss von 5,2 Mrd. €, obwohl die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt sanken.

Das Gesetz über die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre wird zur Folge haben, dass die »Anpassungsdämpfung« durch Halbierung einer möglichen Rentenerhöhung nachgeholt wird. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass der Realwert der Rente immer stärker sinkt. Dies ist nicht länger hinnehmbar. Wir beziehen uns dabei auch auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28.04.1999, in dem es heißt: »Der Verzicht auf die Dynamisierung der Leistungen würde sonst einen für die Betroffenen nicht mehr zumutbaren Eingriff in ihre eigentumsgeschützten Ansprüche bewirken. Unterbliebe die Dynamisierung, ... käme dies der Beseitigung ihrer relativen versorgungsrechtlichen Position gleich.« (Akz.: 1 BvL 32/95 und 1 BvR 2105/95)

Die mit dem so genannten Nachhaltigkeitsgesetz verschärfte Formel der Rentenanpassung im § 68 und 255a SGB VI führt – wie die

Entwicklung zeigt – zu einem programmierten und dauerhaften Auseinanderklaffen von durchschnittlichem Arbeitseinkommen und dem Alterseinkommen der Rentner. Sie ist auch weitgehend durch die Alterspyramide nicht gerechtfertigt. Besonders frustrierend ist es, dass in der Ankündigung über die minimale Rentenerhöhung kein Wort über eine Annäherung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West enthalten ist.

17 Jahre nach Herstellung der staatlichen Einheit ist es völlig unverständlich, dass es noch immer ein Rentengebiet West und ein – mit um 13 % niedrigeres – Rentengebiet Ost gibt. Das Stufenprogramm der Gewerkschaft ver.di, dem sich der DGB und die meisten Industrie- gewerkschaften inzwischen angeschlossen haben, soll offensichtlich nicht bei der angekündigten Rentenanpassung berücksichtigt werden. Die unterschiedliche Bruttowertschöpfung in den einzelnen westlichen Bundesländern führt niemals zu unterschiedlichen Renten, aber im Osten soll für unendliche Zeiten ein geringerer Rentenwert gelten. Erneut wird mit der für 2007 zu erwartenden besonders hohen Inflationsrate, durch die Mehrwertserhöhung, den bereits wirksamen und den angekündigten Tarif- und Beitragserhöhungen, der schon in den letzten Jahren ständig abgeschmolzene Realwert der Renten weiter sinken. Andererseits verzeichnen die Mehrzahl der großen Unternehmen kräftige Gewinne (die der Mitglieder der Aufsichtsräte und der Manager in besonders hohem Maße). Selbst die im Bundestag agierenden Parteien traten in der letzten Zeit zunehmend gegen die Raffgier der Reichen auf. Auch die Staatsfinanzen sind glücklicherweise wieder in einem besseren Zustand. Bei der überwiegenden Zahl der Erwerbstätigen wurden, wenn auch bei weiten nicht in gleicher Höhe wie bei den Gewinnen, Verbesserungen der Löhne und Gehälter erreicht. Nur bei den Rentnern, den Empfängern von Arbeitslosengeld II und der Leistungen der Grundsicherung wird nicht einmal eine der Inflationsrate entsprechende Anpassung erreicht. Dabei sind die Rentenansprüche durch langjährige Arbeitsleistungen und Beiträge rechtmäßig erworben und demgemäß nach Artikel 14 GG eigentumsgeschützt. Der Ausschluss einer den Lebensstandard sichernden Anpassung ist somit unserer Meinung nach grundgesetzwidrig. Wir fordern deshalb die Angleichung des Rentenwertes Ost und eine ständige Anpassung der Renten, der Leistungen bei Arbeitslosigkeit und der Grundsicherung in Höhe der Inflationsrate als das Minimum dessen, was der Sozialstaatsgrundsatz gebietet.

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Produktivität z. Vorjahr	1,3 %	0,8 %	0,6 %	0,8 %	1,3 %	1,2 %	1,8 %
Bruttoinlandsprodukt z. Vorj.	3,2 %	1,2 %	0,2 %	0,2 %	1,6 %	1,1 %	2,7 %
Löhne Ost (€)	1982	2038	2099	2163	2215	2263	
Lohnsteig. insgesamt z. Vorj.	2,3 %	2,8 %	2,9 %	3,0 %	2,3 %	2,1 %	1,0 %
Rentenanpassung Ost	0,6 %	2,1 %	2,9 %	1,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Inflationsrate jeweils z. Vorj.	1,4 %	2,0 %	1,4 %	1,1 %	1,6 %	2,2 %	1,7 %

*Das Schreiben ist unterzeichnet von Prof. Dr. Siegfried Mechler, Präsident des OKV, Prof. Dr. Wolfgang Richter, Bundesvorsitzender der GBM, Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V., Hans Bauer, Vorsitzender der GRH und Heinrich Tautchert, Sprecher der Initiative für gerechte Altersversorgung.*

## Der Vorstand teilt mit:

### Vorstandssitzung am 28.03.2007

Der Vorstand begrüßte die Rechtsanwältin Jaqueline Stojew, die zu Beginn dieses Jahres ihre Tätigkeit im Rechtsanwaltsbüro Bleiberg aufgenommen hat. Sie berichtete, dass das zuständige Verwaltungsgericht überraschend die Klage zur Herausgabe der Daten für die Einkommensklärung im MfS abgewiesen hat. In der Begründung der Klageabweisung finden sich jedoch wertvolle Hinweise, wie ISOR in dieser Frage weiter vorgehen kann. So wurden die Daten des Bundesverwaltungsamtes eindeutig so bewertet, dass sie nicht vom sog. Stasi-Unterlagengesetz (StUG) erfasst sind. Ihre Herausgabe kann damit auch unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert werden, welches keine so hohen Hürden für die Herausgabe setzt, wie das StUG.

\*

Rainer Rothe informierte über ein Gespräch mit der Vorsitzenden des Petitionsausschusses im

Bundestag, Kersten Naumann. Er habe deutlich machen können, dass ISOR nunmehr eine baldige Antwort dieses Ausschusses zu den Petitionen bezüglich der Datenherausgabe erwartet.

\*

Wolfgang Edelmann berichtete, dass voraussichtlich Ende April die Thesen für das Gutachten zu den Einkommensverhältnissen im MfS vorliegen werden. Vorstand und Beirat von ISOR werden Ende April bzw. Anfang Mai 2007 dazu ausführlich beraten.

\*

Horst Bischoff berichtete von den parallel veranstalteten Parteitag der Linkspartei.PDS und der WASG in Dortmund. Horst Parton und er waren als Gäste der Linkspartei.PDS eingeladen. Er hob besonders hervor, dass auf die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften, insbesondere den Sozialverbänden orientiert wurde und diese als gleichrangige Partner geachtet und akzeptiert werden sollen.

\*

Aus aktuellem Anlass ließ sich der Vorstand von

einem Fachanwalt für Medienrecht sachkundig informieren und beraten. Dieser erläuterte anschaulich das Spannungsverhältnis zwischen der weit gefassten Meinungs- und Pressefreiheit und den Persönlichkeitsrechten und gab wertvolle Hinweise für den Umgang mit den Medien.

\*

### Das ARD-Fernseh-Magazin »Fakt«...

brachte am 26.03.2007 einen Beitrag über die sog. Opferrenten, in dem auch zwei Sätze aus einem längeren Interview mit dem Vorsitzenden der ISOR e.V., Horst Parton, verwendet wurden. Seine Äußerungen wurden dazu missbraucht, Ansprüche und Forderungen von Personen, die in der DDR benachteiligt wurden, mit „üppigen Pensionen für die Täter“ zu begründen. Wer den Beitrag genau verfolgte, konnte aber auch entnehmen, dass der Kampf von ISOR erfolgreich war und dass es dabei sehr wohl um die Durchsetzung von Rechtsansprüchen geht.

Das vollständige Interview mit Horst Parton ist auf unserer Web-Seite nachzulesen:

[www.isor-sozialverein.de/aktuelles](http://www.isor-sozialverein.de/aktuelles)



Die AG Betreuung der TIG Berlin-Marzahn nahm den Internationalen Frauentag zum Anlass, unsere über 100 Seniorinnen einzuladen. Sie kamen nicht alle. Alter, Krankheit, Mobilität setzten Grenzen. An eine früher übliche Frauentagsfeier erinnerte uns nur die Kaffeetafel. Ansonsten beschäftigten uns elementare Lebensfragen dieser Zeit und wie jede ihr Leben am besten gestalten kann. Unsere älteste 85-jährige Teilnehmerin rezitierte »wir sind nicht mehr das, was wir mal waren...«, wie wahr! Trotzdem konnten wir über uns lachen, wohl wissend, dass jedes Alter sein Schönes hat, auch wenn uns Diskriminierung und soziale Ausgrenzung zu schaffen machen. Dem Zeitgeist »was werden die Alten heute alt“ setzten wir entgegen, »wie schön, das wir Alten noch so jung sind«. Viele unserer Seniorinnen berichteten über ihre langjährige ehrenamtliche Mitarbeit in anderen Sozial- und Wohlfahrtsverbänden im Bezirk. Hier ergibt sich die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen gegen Sozialabbau und Entsolidarisierung, aber auch für eine erfüllte Freizeit und freudvolle Betätigung. Es wurde angeregt, die zahlreichen sozialen und kulturellen Veranstaltungen im Bezirk für gemeinsame Besuche unserer Vereinsmitglieder besser zu nutzen und dafür Fahrgemeinschaften zu organisieren. Wir haben einen Anfang gefunden, uns kennenzulernen, Bedürfnisse zu erfragen, Erfahrungen auszutauschen und Kontakte zu knüpfen. Unser Vorhaben, soziale Themen stärker als bisher ins Vereinsleben aufzunehmen, wurde bestätigt. Unsere AG Betreuung

sieht ihre Aufgabe zunächst darin, in Abstimmung mit den Gruppenbetreuern bei auftretenden Fragen, Sorgen und Problemen Ratgeber und Kontaktvermittler für die Hilfe zur Selbsthilfe zu sein. Dabei arbeiten wir mit unserem in die Seniorenvertretung der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Marzahn berufenen Mitglied sowie mit professionell in der Seniorenbetreuung tätigen Mitgliedern eng zusammen. Für Hilfe in konkreten Notsituationen sind darüber hinaus alle Vereinsmitglieder gefragt. **Horst Reichard**

\*

### Aktion des Harzkuratoriums gegen die Rentenkürzung ab April 2007

Am 22. Februar 2007 haben die im Harzkuratorium vereinten Sozialverbände (DBwV, ISOR, BRH, GBM und GRH) der Kreise Quedlinburg, Halberstadt und Wernigerode auf ihrer periodisch durchgeführten Sitzung beschlossen, eine konzertierte Aktion gegen die, wegen der Beitragssatzerhöhung der meisten Krankenkassen ab April angekündigten Kürzung der Rente, zu starten. Ausgangspunkt waren die von der Deutschen Rentenversicherung Bund zunächst verschickten Rentenbescheide. Unsere wichtigste Aufgabe bestand als erstes darin, alle Betroffenen der einzelnen Vereine zu erreichen, denn nicht jeder nahm den erhaltenen Bescheid entsprechend ernst und legte ihn als Bagatellette zu den Akten. Wir konnten immerhin ca. 90 Prozent dieser Mitglieder noch rechtzeitig erreichen. Die älteren Rentner erhielten beim Er-

stellen der Widersprüche die notwendige Hilfe und Unterstützung. Auch Ehepartner, Verwandte und Bekannte unserer Mitglieder bezogen wir in diesen Prozess mit ein. Darüber hinaus wurde insbesondere in den Seniorensportgruppen für unser Vorhaben Aufklärung betrieben. Die formulierten Widersprüche richteten sich in ihrem Kern gegen die nicht eingehaltenen Versprechen der Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, auf die Krankenkassen geeigneten Einfluss auszuüben und Vereinbarungen zu treffen, um die Krankenkassenbeitragsätze nach Verabschiedung des so genannten Wettbewerbsstärkungsgesetzes der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV-WSG), nicht zu erhöhen. Nachdem die Deutsche Rentenversicherung Bund gemerkt hatte, was mit der Verschickung der Bescheide für Arbeit auf sie zugekommen war, versandte sie nur noch eine Information an die Betroffenen über die Einbehaltung des erhöhten Krankenkassenbeitrages, wodurch nun keine Widerspruchsmöglichkeit mehr gegeben war. Wir ließen jedoch nicht nach in unserem beabsichtigten Wirken und verschickten auf die erhaltenen Informationen nunmehr Petitionen an den Bundestag, indem wir die Gesundheitsministerin aufforderten, ihre vor der Verabschiedung des GKV-WSG gemachten Versprechen einzulösen und dafür zu sorgen, dass die Erhöhung der Beitragssätze zurückgenommen bzw. zumindest kurzfristig reduziert werden. Jeder der im Harzkuratorium mitwirkenden Sozialvereine der drei Kreise hat zusätzlich an die Gesundheitsministerin ein ausführliches Protestschreiben verfasst, in welchem analog den Widersprüchen und Petitionen gegen die Rentenkürzung und generell wachsenden sozialen Belastungen der Rentner protestiert wird. Das Harzkuratorium mit all seinen Mitgliedern

und unter Einbeziehung weiterer Betroffener beteiligt sich darüber hinaus aktiv an der Postkartenaktion der Volkssolidarität an die Bundeskanzlerin für die Erhaltung der Lebensqualität aller Rentner und gegen den immer weiter zunehmenden Sozialabbau. Wir wissen natürlich, dass wir mit unserer konzertierten Aktion gegen Rentenkürzung und allgemeinen Sozialabbau nicht sofort eine positive Veränderung herbeiführen werden und können. Wir wissen aber auch, dass die Mächtigen und Herrschenden dieses Landes ohne unseren Widerstand skrupellos ihren Reichtum auf Kosten der Schwachen der Gesellschaft weiter vermehren und die Schere zwischen arm und reich immer größer wird. Die Mitglieder des Harzkuratoriums rufen deshalb alle ISOR-Mitglieder und alle solidarischen Mitstreiter, die mit ISOR in anderen Verbänden und Vereinen verbunden sind, auf, in ihrem Kampf für soziale Gerechtigkeit nicht nachzulassen und jede Gelegenheit zum Protest zu nutzen.

Heinz Tischner

Die Redaktion verweist darauf, dass dieser *Aufwurf des Harzkuratoriums* übereinstimmt mit der *Orientierung des Vorstandes* sich in territorialen sozialen Bündnissen zusammenzuschließen.

### Auf dem Büchermarkt:

Klaus Eichner/Gotthold Schramm (Hrsg.): **Angriff und Abwehr – Die deutschen Geheimdienste nach 1945;**

edition ost, 2007; ISBN 978-3-360-01082-7  
Preis: 24,90 €

Im Buch werden in faktenreicher Darstellung die braunen Wurzeln der Gründergeneration des Sicherheitsapparates der BRD enthüllt, die Vielzahl der Kriegsverbrecher, Massenmörder und Folterer beleuchtet, die sich um den Aufbau der Sicherheitsdienste der BRD verdient gemacht hatten.

Im Gegensatz dazu werden die Biographien der Gründer und des Aufbaus der Volkspolizei und des MfS vorgestellt, alle aus dem antifaschisti-

schen Widerstand kommend: Spanienkämpfer, Insassen von KZ und Zuchthäusern, Kämpfer und Kundschafter an der Seite der Roten Armee, Emigranten und Illegale Kämpfer ...

Wenn jemals eine Gesellschaftsordnung wegen ihrer personellen Kontinuität mit dem faschistischen Reich delegitimiert werden muss, dann ist das die Gesellschaftsordnung des westdeutschen Nachkriegsdeutschland. Das Buch bringt dazu die Beweise für entscheidende Säulen der BRD.

### Von Mitglied zu Mitglied:

FEWO \*\*\* im Ostseebad Sellin in unmittelbarer Südstrandnähe (250m) ganzjährig nutzbar. Tel./Fax.: 038303-86789

\*

Gaststätte/Pension »Wanderheim Oberjügel« in Johannegeorgenstadt, unmittelbar an der Kammlöpe in ruhiger Waldlage bietet 5 x 2-Bett- und 1 x 1-Bettzimmer – Tel.: 03773-880460

## ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

### Zum 93. Geburtstag:

Kurt Koch, Suhl  
Elli Wachs, Erfurt

### Zum 92. Geburtstag:

Elfriede Ache, Suhl  
Willi Michel, Potsdam

### Zum 88. Geburtstag:

Fritz Thon, Erfurt

### Zum 87. Geburtstag:

Margarete Callmuth, Bln.-Mitte  
Charlotte Diebelt, Leipzig  
Paul Greiling, Bad Langensalza  
Friedrich Hoppe, Bln.-Pankow  
Gertrud König, Görlitz  
Margarethe Püttker, Magdeburg  
Karl Schleicher, Leipzig  
Kurt Schulze, Güstrow  
Heinz Sievert, Bln.-Li'berg

### Zum 86. Geburtstag:

Fritz Ackermann, Brandenburg  
Bruno Henning, Bln.-Hhsn.  
Meta Lüddecke, Magdeburg  
Willi Pächer, Chemnitz  
Willi Winkler, Halle/S.  
Werner Zingelmann, Neubrandenbg.

### Zum 85. Geburtstag:

Kurt Bloßfeld, Hettstedt  
Otto-Karl Brosche, Bln.-Treptow  
Heinz Gneuß, Rostock  
Martha Hille, Friedersdorf  
Ilse Kiehl, Bln.-Fr'felde  
Horst Klupsch, Löbau  
Herbert Kuna, Bln.-Köpenick

Heinrich Mutschler, Rostock  
Werner Olbrich, Dresden  
Josef Opl, Bln.-Fr'hain  
Wanda Prietz, Lübben  
Margarete Rettig, Bln.-Marzahn  
Ilse Schebesta, Bergfelde  
Hans Seidel, Chemnitz  
Kurt Teschner, Pdm.-Wildpark  
Günter Wolter, Bln.-Fr'hain

### Zum 80. Geburtstag:

Margarete Baenz, Schwerin  
Inge Beutert, Belzig  
Kurt Beyer, Dresden  
Heinz Blauert, Bln.-Mitte  
Gerhard Boden, Dresden  
Ernst-Günter Böhme, Bln.-Mitte  
Willi Bornkampf, Magdeburg  
Heinz Brandt, Leipzig  
Gisela Ehrensperger, Bln.-Treptow  
Hans Groß, Dolgenhorst  
Marga Hornung, Kleinmachn./Teltow  
Horst Henze, Rehfelde  
Manfred Jahn, Bln.-Marzahn  
Christa Koch, Freiberg  
Ursula König, Bln.-Fr'hain  
Hans Krohn, Bln.-Treptow  
Lieselotte Krusche, Bln.-Karlshorst  
Ewald Kupka, Bln.-Weißensee  
Roland Lohs, Bln.-Köpenick  
Walter Marose, Cottbus  
Rolf Münzner, Chemnitz  
Helmut Neumann, Löbau  
Heinz Oehmigen, Leipzig  
Fritz Otto, Aschersl./Hoym  
Heinz Reichert, Prenzlau

Friedrich Roche, Kleinmachn./Teltow  
Siegfried Schmeißer, Meiningen  
Ruth Schödel, Forst

### Zum 75. Geburtstag:

Helmut Ameling, Potsdam/W-stadt  
Dr. Achim Aporius, Neubrandenbg.  
Gerda Behrendt, Neu Fahrland  
Erich Blazek, Leipzig  
Horst Born, Gardelegen  
Lothar Böhme, Leipzig  
Waltraud Böttcher, Bln.-Fr'felde  
Herbert Drasdo, Bln.-Fr'felde  
Bodo Dräger, Rostock  
Joachim Dudek, Bln.-Weißensee  
Herbert Friedrich, Grünheide  
Horst Gallmeister, Strausberg  
Erika Geißler, Bln.-Hhsn.  
Gerhard Grossert, Neubrandenbg.  
Helmut Heckel, Geltow/Wildpark-W.  
Roland Herrmann, Bln.-Li'berg  
Max Hirsch, Görlitz/Dresden  
Alfred Honymus, Bln.-Treptow  
Hans Hubig, Aschersleben  
Erika Hübsch, Erkner  
Dr. Rolf Jähn, Bln.-Treptow  
Wolfgang Jentsch, Halle  
Siegfried Kaluziak, Feusdorf  
Heinz Kastner, Gera  
Reinhold Kollösche, Bln.-Weißensee  
Sonja Kranzel, Leipzig  
Eberhard Krödel, Bln.-Treptow  
Gerhard Kühnlenz, Bln.-Hellersdorf  
Heinz Küßner, Frankfurt/O  
Hans Jürgen Laufer, Görlitz  
Harry Lehmann, Dabel

Kurt Lemmer, Stralsund  
Heinz Lindner, Görlitz  
Ernst Melzer, Bln.-Li'berg  
Waltraud Noah, Meißen  
Hildegard Nordmann, Woltersdorf  
Max Pohl, Bln.-Li'berg  
Wilfried Prescher, Pirna  
Reinhold Purтик, Sassnitz  
Helfried Reinhard, Bln.-Hhsn.  
Gerhard Reißmann, Bln.-Hellersd.  
Günter Richter, Neue Mühle  
Helmut Rielicke, Leipzig  
Anneliese Rothbauer, Wriezen  
Rolf Sachse, Frankfurt/O  
Siegfried Salz, Bln.-Weißensee  
Brigitte Schmidt, Bln.-Marzahn  
Erika Schmidt, Bln.-Hhsn.  
Gottfried Schubert, Annaberg-Buchh.  
Ursula Schulz, Magdeburg  
Ingrid Schwertfeger, Bln.-Fr'hain  
Thomas Scuderis, Greifswald  
Günter Skarzynski, Cottbus  
Fritz Staudte, Halle  
Karl-Heinz Strobel, Bln.-Mitte  
Manfred Taubert, Gardelegen  
Anneliese Teshmer, Bln.-Marzahn  
Hildegard Thiele, Luckenw./Jüterb.  
Max Urban, Bln.-Hhsn.  
Werner Urbschat, Bln.-Fr'hain  
Hans-Georg Waldow, Rostock  
Fred Weisheimer, Bln.-Köpenick  
Renate Wengk, Bln.-Köpenick  
Manfred Wirth, Bln.-Mitte  
Liane Wolter, Eilenburg  
Karl-Heinz Worbs, Cottbus



## AG Recht informiert:

### Nachzahlung sichern!

Keine Nachzahlungen mehr bei falschen Rentenbescheiden – so und ähnlich titelten in jüngster Zeit die Zeitungen vielerorts. Sind auch wir betroffen, wollen viele Mitglieder wissen, und was hat es auf sich mit dieser Schlagzeile?

### Wie war es bisher?

Es bleibt dabei, dass nach Erfolg eines Widerspruchs oder einer Klage die Rente in der Regel von Beginn an nachgezahlt werden muss.

War der Bescheid bestandskräftig – also besteht kein Widerspruch oder keine Klage –, wurde über vier Jahre rückwirkend nachgezahlt (§ 44 Abs. 4 SGB X).

### Was soll sich ändern?

#### (§ 100 Abs. 4 SGB VI neu)

1. Ist die Rente wegen einer verfassungswidrigen Vorschrift falsch berechnet worden, so sollen künftig bestandskräftige Bescheide nur ab dem Tag der Verkündung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts geändert werden. Diese Regelung kennen wir bereits von den bisherigen Änderungen im Bereich des AAÜG.

2. Neu wird festgelegt, dass es auch dann keine Nachzahlung mehr geben soll, wenn bestandskräftige Bescheide aufgrund von Urteilen des Bundessozialgerichts zu ändern sind, die feststellen, dass z.B. der Rentenversicherungsträger ein Gesetz falsch angewandt hat.

Diese Regelung soll noch in diesem Jahr in Kraft treten.

### Worum geht es denn eigentlich?

Anlass der vorgesehenen Abschaffung der Nachzahlungsregelung ist der Streit darum, dass auch dann, wenn die Erwerbsminderung (früher Erwerbsunfähigkeit) vor der Vollendung des 60. Lebensjahres eingetreten ist, die Erwerbsminderungsrente seit 2001 nur mit Abschlägen berechnet und gezahlt wird. Das hat das Bundessozialgericht als gesetzwidrig verurteilt. Abschläge dürfen bei der Erwerbsminderungsrente erst ab Vollendung des 60. Lebensjahres vorgenommen werden.

Nach der neuen gesetzlichen Regelung genügt ein solches positive Urteil nicht allein, damit sich für alle Betroffenen etwas ändert.

Vielmehr soll es für alle erst von dem Zeitpunkt an gelten, zu dem klar ist, dass das Bundessozialgericht ständig so urteilen wird (sogenannte ständige Rechtsprechung).

Das bringt für die Rentner und Rentnerinnen eine große Rechtsunsicherheit mit sich und öffnet der Rentenversicherung Tür und Tor dafür, die Neuberechnung der Rente für die Zukunft hinauszuzögern. Es ist daher abzusehen, dass es darum noch viel Streit geben wird. Informationen und Empfehlungen dazu werden zu gegebener Zeit folgen.

Jetzt geht es jedoch darum, was bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zu tun ist, um Nachzahlungsansprüche zu retten.

### Wer soll jetzt reagieren und wie?

#### a) Erwerbsminderungsrentner

Wie das Beispiel zeigt, sind diejenigen betroffen, deren Erwerbsminderungsrente 2001 oder später mit Abschlägen (0,3 % pro Monat) berechnet wurde und die am Beginn dieser Rente noch nicht 60 Jahre alt waren (Empfehlung dafür im Kasten).

#### Adresse des Rentenversicherungsträgers

Absender Datum  
Versicherungsnummer

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich,

den Bescheid vom ... dahingehend zu ändern, dass meine Rente wegen Erwerbsminderung für die Zeit vor der Vollendung meines 60. Lebensjahres mit dem Zugangsfaktor 1,0 berechnet und gem. § 44 Abs. 4 SGB X nachgezahlt wird.

Mit freundlichen Grüßen  
Unterschrift

#### b) Höhe des Dienstbeschädigungsausgleichs

Entsprechend der ISOR-Empfehlung sind schon viele Anträge gestellt (für ehemalige NVA-, Mdl- oder Zoll-Angehörige s. ISOR aktuell 2/04, Seite 5) oder Widersprüche (für ehemalige MfS-

Angehörige s. ISOR aktuell 3/2004, Seite 6) eingelegt.

Wer einen bestandskräftigen Bescheid hat und noch keinen Antrag auf dessen Änderung bzw. Überprüfung gestellt hat, sollte dies unverzüglich noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes tun. Danach kann es zu spät sein, um noch Nachzahlung zu erhalten.

## Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

HANS-JOACHIM ALBRECHT, Dresden  
WALTER ARNOLD, Chemnitz  
ERHARD BERGER, Greifswald  
SIEGFRIED BUCHERT, Mittenwalde  
UDO DIEBNER, Bln.-Li'berg  
GERHARD END, Hildburghausen  
ROLF FISTER, Bln.-Fr'hain  
KARL GESS, Rostock  
DIETER HARTMANN, Riesa  
GÜNTER HEYDRICH, Schönbach  
DR. ALEXANDER HORNEBURG, Baabe  
SIEGFRIED KNECHT, Erkner  
DIETRICH KOMMOLK, Radebeul  
WERNER KÖGLER, Hirschberg  
DORA KRAUSE, Pdm.-Waldstadt  
URSULA KRAUSE, Bln.-Köpenick  
HEINZ LOOS, Hermannsdorf/Annab.  
ERNST NEUBERT, Cottbus  
BODO PÜTTER, Dresden  
ROLF REIBOLD, Dresden  
ULRICH RETTSCHLAG, Schwerin  
KARL-HEINZ SCHMID, Jena  
WALLI SCHMIDT, Bln.-Hellersdorf  
ALFRED SCHUMANN, Bln.-Köpenick  
GÜNTER SEIFERT, Leipzig  
ELEONORE SENEHALD, Erfurt  
ALFONS STEIN, Bln.-Hhsn.  
ERNI STÖCKIGT, Bln.-Hellersdorf  
KLAUS THIEME, Suhl  
WERNER THOSS, Plauen  
CHRISTA TITEL, Bln.-Hhsn.  
HEINZ WENDLAND, Schwerin  
RUDI ZANDER, Bln.-Fr'hain

*Ehre ihrem Andenken*

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 28.03.2007

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.04.2007

Einstellung im Internet: 04.05.20097

Auslieferung: 10.05.2007

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:  
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:  
Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr